



HESSISCHER LANDTAG

27. 08. 2019

Plenum

Antrag

**Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Klaus Gagel (AfD),
Claudia Papst-Dippel (AfD), Dimitri Schulz (AfD) und Fraktion
Sofortmaßnahmen auf der Bergshäuser Brücke (A 44)**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, Lärmschutzmaßnahmen für die direkt an und unter der Brücke lebende Bevölkerung unverzüglich einzurichten.
2. Der Landtag stellt fest, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung einen Beitrag zum Lärmschutz leistet.
3. Der Landtag fordert daher die Landesregierung dazu auf, das bestehende Tempolimit für Lkw von 80 km/h auf 60 km/h zu reduzieren.
4. Der Landtag fordert daher die Landesregierung dazu auf, ein Tempolimit für Pkw auf 60 km/h einzuführen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, dass nach Ermessen der Landesregierung entweder eine stationäre Geschwindigkeitskontrolle je Fahrtrichtung auf der Brücke installiert wird oder anzuregen, dass vermehrt mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Polizei in Wintermonaten die Lkw verstärkt darauf kontrolliert, dass die Lkw-Anhänger zum Schutz der Bevölkerung unter der Brücke von Eis befreit sind.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, dass eine Langzeit-Staubemissionsmessung im Bereich des Wohngebietes unter der Brücke unverzüglich begonnen wird.

Begründung:

Die Lärmbelastung aufgrund des Straßenverkehrs auf der Brücke über Fuldabrück Bergshausen ist bereits seit Jahren ein Problem für die Anwohner. Aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Brücke wurde der Verkehr nun auf drei Fahrspuren verengt und Ertüchtigungsmaßnahmen vorgenommen. Die Lärmbelastung hat sich dadurch in keiner Weise verringert, sondern eher noch erhöht. Unter laerm-hessen.de, lässt sich die Belastung für den Ortsteil Bergshausen sehr gut ersehen. Die Anwohner fordern entsprechend Lärmschutzmaßnahmen, die umgehend umgesetzt werden.

Hinzu kommen noch die im Winter herabfallenden Eisschollen auf Häuser, Gehwege und Straßen in unmittelbarer Nähe der Brücke – verursacht von auf der Brücke fahrenden Lkw, deren Anhänger nicht von Eis befreit wurden. Die Wucht dieser Eisstücke ist so stark, dass sogar Dachziegel der anliegenden Häuser durchbrochen werden und damit klarwerden muss, dass eine erhebliche Gefahr für Menschen, die sich dort ungeschützt auf Gehwegen und Straßen bewegen, besteht. Nicht zuletzt auch Schulkinder nutzen diese Wege in den frühen Morgenstunden. Somit ist die Gefahr von herabfallenden Eisstücken im Winter, nicht durch angebrachte Schilder: Vorsicht Eisschlag, abzuwehren. Polizeiliche Maßnahmen sind dringend notwendig, um die Lkw-Fahrer durch eine fortwährende Kontrolle zu sensibilisieren. Die bisherigen Versuche der Anwohner, sich sowohl vor Lärm als auch vor herabfallenden Eisschollen zu schützen, sind sehr wohl seitens der Gemeinde Fuldabrück gehört worden, nicht aber seitens des Landes Hessen.

Leider wurden unter starkem Protest der Gemeinde Fuldabrück auch die fest installierten Geschwindigkeitsmessgeräte wieder entfernt, sodass eine durchgehende Geschwindigkeitskontrolle nicht mehr möglich ist.

Um die Menschen vor weiterem Schaden zu bewahren, fordern wir entsprechende Sofortmaßnahmen.

Wiesbaden, 27. August 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe

Volker Richter
Arno Enners
Klaus Gagel
Claudia Papst-Dippel
Dimitri Schulz